

Diese Zeitung erscheint jede Woche sonntags. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. H. Meißner & Söhne, beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Molokstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Die Arbeitszeit im Organisationsgebiet unseres Verbandes.

Der Generalangriff auf den Achtfundentag, den die Klassenkampf-Organisationen des deutschen Unternehmertums am Ausgang der Inflationsperiode unternahmen, war nicht ohne Erfolg. Er hat aber keineswegs das von den Preisfechtern des Kapitals erhoffte Kampfesziel, die allgemeine Einführung der zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit, erreicht. Trotz der finanziellen Schwächung der Gewerkschaften durch die Inflation, trotz der gewaltigen Wirtschaftskrise und des sich daraus ergebenden Überangebots von Arbeitskräften, trotz der Zersplitterungsversuche der linksradikalen Parolen-schmiede, trotz der tätigen Beihilfe des Reichsarbeitsministeriums und der staatlichen Schlichtungsstellen konnte der Achtfundentag von den Gewerkschaften nicht nur im Prinzip, sondern auch faktisch gehalten werden. Daran ändert sich der Stellungsverlust nichts, den die Verteidiger des Achtfundentages an manchen Abschnitten der Kampfesfront zu beklagen haben. Der Verlust ist kein dauernder, sondern er wirkt als Ansporn, das Verlorene unter günstigeren Kampfbedingungen wieder zurückzuholen.

Daß der Achtfundentag in Deutschland keine Angelegenheit der Vergangenheit ist, beweist auch eine Statistik des Fabrikarbeiter-Verbandes über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit in den zu seinem Organisationsgebiet gehörenden Industrien. In dieser statistischen Erhebung, die um die Mitte des Monats Juli 1924 durchgeführt wurde, beteiligten sich 320 von den 481 Zahlstellen des Verbandes. Das Ergebnis ist folgendes:

Übersicht nach Industriezweigen:

Industriezweig	Gesamtheit der erfassten		Von den erfassten Beschäftigten arbeiteten in der Woche vom 7. bis 12. Juli 1924			
	Betriebe	Beschäftigten	bis 48 Std.	über 48 bis 51 Std.	über 51 bis 54 Std.	über 54 Std.
Chemische Industrie: v. h. der Beschäftigten	1115	137 245	82 603	8 215	71 584	24 843
Kautschuk-Industrie: v. h. der Beschäftigten	81	39 144	44,2	4,4	38,3	13,3
Papier- u. Zellstoff-Industrie: v. h. der Beschäftigten	384	69 965	42 826	1 760	11 541	13 738
Papierverarbeitung (Chromo-, Druck-, Metallpapier, Tapeten): v. h. der Beschäftigten	198	12 852	8 439	441	2 110	1 862
Industrie der Steine und Erden (Ziegel, Zement, Kalk u. a.): v. h. der Beschäftigten	1371	98 240	47 560	3 195	18 482	29 063
Speiseöl-Industrie: v. h. der Beschäftigten	24	4 259	4 103	85	37	31
Margarine-Industrie: v. h. der Beschäftigten	50	6 934	6 546	190	155	53
Seifen-Industrie: v. h. der Beschäftigten	96	5 212	4 341	42	413	416
Zucker-Industrie: v. h. der Beschäftigten	188	20 958	16 125	151	3 086	1 616
Nahrungsmittel-Ind. (Konserven, Kaffee, Erbsen u. a.): v. h. der Beschäftigten	171	12 967	7 599	579	2 273	2 516
Bettfedern- u. Spielwaren-Industrie: v. h. der Beschäftigten	474	10 787	10 097	117	337	216
Herstellung künstl. Blumen u. Federn: v. h. der Beschäftigten	218	12 906	7 851	318	3 370	867
Insgesamt v. h. der Beschäftigten	4360	481 449	264 140	17 064	124 592	75 653

Die Eigenart der Erzeugung der vorhin genannten Industriezweige bringt es mit sich, daß in vielen Betrieben eine einheitliche wöchentliche Arbeitszeit nicht besteht. In vielen Betrieben der chemischen, Papiererzeugungs-, Zement-, Ziegel-Industrie usw., verlangt der Arbeitsprozeß bei einzelnen Gruppen oder Personen Abweichungen von der für die Mehrzahl der Beschäftigten geltenden Regel, z. B. zur Überwachung chemischer Produktionsprozesse, Vorbereitungsarbeiten an den Papiermaschinen, zur Überwachung der Brennöfen usw. Eine Scheidung der Betriebe in solche mit einheitlicher und nicht einheitlicher Arbeitszeit ergibt, daß für den größten Teil der Betriebe der Achtfundentag als einheitliche Arbeitszeit gilt.

Betriebe mit einheitlicher Arbeitszeit

Bis 48 Std.	Über 48 bis 51 Std.		Über 51 bis 54 Std.		Über 54 Std.			
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte		
Insgesamt	2 648	188 623	83	8 678	645	61 435	560	49 978

Betriebe mit verschiedener Arbeitszeit

Gesamtheit der Betriebe	Beschäftigten	Davon arbeiteten				
		bis 48 Std.	über 48 bis 51 Std.	über 51 bis 54 Std.	über 54 Std.	
Insgesamt	423	172 735	75 517	8 386	63 157	25 675

Bis die Arbeiter zahn geworden sind

Ihr bereit seid, 12 Stunden zu arbeiten, so lange bleibt der Betrieb geschlossen. Das ist die Lösung mancher Unternehmer, und

Demobilisierungsbehörden als Organe des Reichsarbeitsministeriums haben diesen Unternehmern ihr Vorgehen sehr erleichtert. Die Wirtschaftskrise soll ausgenutzt werden, um die

niederzuzwingen. Zum Teil ist das auch gelungen. Manche Unternehmer glauben sogar, die Arbeiter-schaft für alle Zeit

gemacht zu haben. Diese Unternehmer hierin zu enttäuschen, ist jetzt Sache der Arbeiterschaft. Wer noch nicht Verbandsmitglied, oder wer dem Verbands-mitren

ist, muß jetzt in die Organisation geholt werden. Wenn die bessere Konjunktur einsetzt, muß der Ver-band wieder die alte Schlagkraft besitzen. Agitieren wir, damit wir bis dahin imstande

zurückzuerobern, was das Unternehmertum uns ent-rissen hat. Es gilt eine Scharfe auszuweisen.

In einigen Industriezweigen, wie in der Margarine-, Speiseöl-, Seifen-, Bettfedern-Industrie, in der Herstellung künstlicher Blumen, Blätter und Federn hat der Fabrikarbeiter-Verband den Achtfundentag fast restlos zu halten vermocht. In der Kautschuk-Industrie sind es hauptsächlich einige Großbetriebe, in denen der Achtfundentag teilweise überwunden wird. Harte Abwehrkämpfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit hat der Verband in der Papiererzeugungs-industrie führen müssen. Der Zwangsschiedspruch des Reichsarbeitsministeriums hat hier eine sehr unüber-sichtliche Lage geschaffen. Immerhin steht fest, daß für die große Mehrzahl der Betriebe und Beschäftigten noch der Achtfundentag gilt. Am schärfsten hat sich die Ver-längerung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie ausgewirkt. Hier sind es insbesondere die Alkali-Industrie der chemischen Großindustrie, welche eine Überschreitung des Achtfundentages erzwungen haben. Einen Bundesgenossen in diesen Bestrebungen fand das chemische Großkapital in der kommunistischen Gewerkschafts-taktik, die entgegen allen gewerkschaftlichen Erfahrungen wilde Streiks unter Bedingungen entsandte, die eine Niederlage schon beim Beginn sicher machten, Kämpfe, die sich nach ihrer offen zutage tretenden Absicht weniger gegen das chemische Großkapital, als gegen die Gewerkschaften richteten.

Die Ergebnisse der statistischen Erhebung über die wirkliche Dauer der Arbeitszeit, gegliedert nach Bezirken, läßt noch manche beachtenswerte Schlussfolgerung zu, wie folgende Aufstellung zeigt:

Übersicht nach Gauen:

Gau	Gesamtheit der erfassten Betriebe	Beschäftigten	Davon arbeiteten in der Woche vom 7. bis 12. Juli 1924			
			bis 48 Std.	über 48 bis 51 Std.	über 51 bis 54 Std.	über 54 Std.
Gau 1. Hannover: v. h. der Beschäftigten	370	42 718	23 025	758	11 792	7 243
Gau 2. Prov. Sachl.-Anhalt: v. h. der Beschäftigten	367	49 892	25 746	915	15 601	7 630
Gau 3. Berlin und Brandenburg: v. h. der Beschäftigten	329	33 522	18 065	1 189	7 465	6 084
Gau 4. Pommern-Mecklenburg: v. h. der Beschäftigten	223	15 399	8 386	590	2 090	4 333
Gau 5. Ost- u. Westpreußen: v. h. der Beschäftigten	77	6 857	2 174	304	564	3 810
Gau 6. Schlesien: v. h. der Beschäftigten	346	34 821	21 527	1 251	5 568	6 475
Gau 7. Freist. Sachsen: v. h. der Beschäftigten	609	51 025	42 537	2 123	4 930	1 425
Gau 8. Thüringen u. Hess.-Niederrhein: v. h. der Beschäftigten	568	33 205	14 578	805	10 847	6 975
Gau 9. Nordbayern: v. h. der Beschäftigten	162	16 719	9 789	681	4 787	1 462
Gau 10. Südbayern: v. h. der Beschäftigten	185	20 094	11 362	1 455	4 693	2 584
Gau 11. Württemberg u. Südbaden: v. h. der Beschäftigten	184	25 434	15 768	1 281	6 004	1 381
Gau 12. Pfalz, Nord-baden: v. h. der Beschäftigten	143	41 017	18 449	2 386	14 339	5 243
Gau 13. Frankfurt-Rheinland, Hess.-Nassau: v. h. der Beschäftigten	295	29 887	19 933	638	6 462	2 834
Gau 14. Rheinland (linksrheinisch): v. h. der Beschäftigten	116	35 471	7 984	1 024	18 929	7 597
Gau 15. Hanf-, abte, Schleswig-Holst., Oldenburg: v. h. der Beschäftigten	269	31 543	20 824	647	5 817	4 255
Gau 16. Rheinland (rechtsrheinisch), Westfalen: v. h. der Beschäftigten	117	13 845	2 453	308	4 704	6 330
Insgesamt v. h. der Beschäftigten	4 360	481 449	264 140	17 064	124 592	75 653

Die stärkste Verlängerung der Arbeitszeit weisen die in dem Ruhrkampf einbezogenen Gebiete auf, die geringste Verlängerung die Betriebe im Freistaat Sachsen, in denen für 83 Prozent der Beschäftigten eine wöchentliche Arbeitszeit bis 48 Stunden festgestellt wurde. Im Rheinland ist die starke Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtfundentag hinaus nicht zum wenigsten auf jene berückichtigten Zwangsschiedsprüche für den Ruhrbergbau und die Häfen-Industrie durch die Regierungsverfugung zurückzuführen, die sich als richtunggebend für die Gestaltung der Arbeitszeit im besetzten Gebiet auswirkten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Fabrikarbeiter-Verband den Abwehrkampf für die Aufrechterhaltung des Achtfundentages trotz aller widrigen Umstände in einigen Industrien mit vollem Erfolg, in anderen mit beachtenswertem Erfolge geführt hat.

Taylor und Ford!

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Taylor wird verblasen und Ford wird leuchten! Dieser Satz soll hier begründet werden. Taylor wollte (wörtlich genommen) eine wissenschaftliche Betriebsführung schaffen. So anspruchsvoll und gepreßt schreibt Ford nicht, und er tut es daran, denn es widerspricht dem Wesen der Wissenschaft, Verhaltensmaßregeln für die Anwendung gewisser Verfahren in der Güterherstellung zu geben. Die Wissenschaft hat die Aufgabe, zu beschreiben, was war und was ist, und sie hat zu erklären, warum das Gewesene und das Seiende gerade so ist, wie wir es kennen. Wer sagt: Nimm diesen Stoff, tu jenen hierin, nimm diese Werkzeuge, diese Maschinen und verhalte dich beim Arbeiten so oder so, dann wird dies und das daraus, dann erzielst du diese Leistung oder jenen Ertrag, der ist niemals wissenschaftlich tätig. Wer Anleitungen gibt (und das tut Taylor), wie man etwas machen solle, um größere Arbeitsleistungen zu erzielen, der treibt keine Wissenschaft, sondern eine Kunst.

Bei Taylor kann man dann von einer Kunst sprechen, nämlich: von der Kunst durch Verunsatzlese, durch Anpassung der Werkzeuge an den Menschen und der Menschen an die Werkzeuge das Arbeitsergebnis und den Ertrag aus der Arbeit zu verbessern. Eine solche Kunst muß sehr hoch eingeschätzt

werden. Taylor hat versucht, diese Kunst aufs höchste auszubilden, und zwar so, daß sich der Arbeiter bei der Arbeit nicht überanstrengen und einen Lohn verdienen, der seiner Leistung entspricht. Aber die Absichten und den Zweck der Taylorischen Lehre ist viel und heftig gerechtfertigt worden. Wenn nicht alles trägt, ist der Streit um die Berechtigung und die Wirkungen des Taylorsystems im Absterben. Ford ist die Tageslösung. Manche glauben zwar, daß Ford die Lehren Taylors nur fortgebildet hätte oder daß er sie streng folgerichtig anwende. Das ist aber ein großer Irrtum. Taylor und Ford stimmen zwar in ihren Absichten vielfach überein, aber der Weg, den Ford einschlägt, weicht doch sehr von dem Taylors ab.

Beide sprechen von hohen Löhnen, beide wollen die Gestehungskosten vermindern. Taylor wollte hohe Löhne gezahlt haben, damit die Selbstkosten vermindert werden könnten (durch hohe Löhne sollen die Arbeitsleistungen stark emporgetrieben, das Arbeitsergebnis ergiebiger gestaltet und so die Selbstkosten heruntergedrückt werden). Ford geht von den Verkaufspreisen aus, er stellt sich auf den Verbraucher ein, auf dessen Verbrauchskraft und dessen Zahlungsfähigkeit. Einer seiner kaufmännischen Grundgedanken ist: Immer auf die Herabsetzung der Verkaufspreise bedacht zu sein. Ein anderer lautete: Möglichst steigende Löhne. Also: Sinkende Verkaufspreise bei steigenden Löhnen. Das ist etwas ganz anderes, als das, was Taylor lehrte. Daß Ford den scheinbaren Widerspruch (anzwachsene Löhne bei fallenden Verkaufspreisen) für sich einzuwickeln gelöst hat, das lehrt sein Buch: "Mein Leben und mein Werk". Wie weit in Zukunft bei verminderten Verkaufspreisen steigende Löhne gezahlt werden können, kann und braucht heute nicht untersucht zu werden. Es muß uns vorderhand genügen, daß dies zunächst möglich gemacht wurde. Jedenfalls sollten sich die, die dies bisher nicht für möglich hielten, beeilen, gründlicher darüber nachzudenken. Wer im in- und ausländischen Wettbewerb nicht zu kurz kommen will, hat allen Grund, sich um solche Fragen und um ihre Lösung zu kümmern; dazu sollen auch diese Zeilen beitragen. Insbesondere ist zu beachten, worin sich Ford von Taylor unterscheidet.

Merkwürdigerweise erwähnt Ford (in dem genannten Buch) Taylor gar nicht. Er setzt sich also öffentlich nicht mit dem auseinander, was als Taylorismus bezeichnet wird. Ford geht in diesem seinen eigenen, aber wohlüberlegten Weg. Manches von dem, was er sagt, haben auch andere (insbesondere auch Deutsche) schon gewußt, und technisch hat er von anderen Großbetrieben gelernt (vor allem wäre hier die Conveperarbeit zu nennen, die aus der Lebensmittelbearbeitung Chikagos bekannt geworden ist). Nach dieser Arbeitsart wird das zu behandelnde Stück auf einem Band oder einer anderen Transportvorrichtung an dem Arbeiter vorbeigeführt. Im Augenblick des Vorbeikommes muß der Arbeiter bestimmte Handgriffe an dem Stück machen. Darauf wandert es zum nächsten, übernächsten und zu den folgenden Arbeitern, die immer im Augenblick des Vorbeigehens das Ihrige dazu tun müssen). Hierin (im Zwangsläufigen) hat auch Taylor Vorschriften gegeben. Er ging darauf aus, die Arbeitsanordnung und die Arbeitsdurchführung so zu gestalten, daß dem Arbeiter nicht die Wahl bleibe, diese oder jene Bewegung so oder anders auszuführen. Die Bewegung wurde (nachdem sie vorher gründlich durchgeprobt und durchgeführt war) genau vorgeführt. Sie muß nach Taylor am genau bezeichneten Platz, in einer ganz bestimmten Haltung und in einer genau bestimmten Zeit gemacht werden.

So etwas Ähnliches bewirken auch die Einrichtungen Fords, aber Ford wirkt machtvoller so, wie Taylor durch die Hand zu wirken suchte. Taylor hat Überwachente mit Stoppuhren in der Hand, es ist bei ihm eine Stelle da, die alles in Bewegung setzt (die die Menschen wie die Rädchen in einem Uhrwerk miteinander verbindet). Nach seiner Lehre hat der Arbeiter nichts zu bedenken, das befragt das Bureau. Das Bureau ordnet an, die Funktionsmeister übernehmen die Anordnungen des Bureaus und sie sorgen dafür, daß die Anordnungen (genau nach den Vorschriften) ausgeführt werden. Diese Funktionsmeister dürfen aber keineswegs mit Arbeitern oder Gruppenmeistern verglichen werden. Die Taylorischen Funktionsmeister dürfen nicht selbständig entscheiden. Sie setzen aus, was ihnen das Bureau aufgetragen, und genau so, wie es ihnen von jenem vorgezeichnet wurde (bei Ford ist, wie hier noch näher angeführt wird, so ziemlich das Gegenteil der Fall). Angesichts der Fälle von Vorschriften, die in den Taylorisierten Betrieben gegeben werden, tief Gott! Mühselig ist in einem Vortrag (den er im Institut für Volkswirtschaft und Gewerkschaft gehalten hat) aus: "Bei Ford arbeitet man, bei Taylor wird man gearbeitet. Obwohl dieser Wirtschaftswissenschaftler Taylor zugehört, daß sein Streben nach Höchstleistung im Betriebe sehr bedeutsam sei und daß er wie niemand vor ihm eindrucksvoll dafür gewirkt habe, so hält er doch den Fordismus in vielen Fragen für überlegen."

Daß die Anschaffung des Denkens bei der Arbeit letzten Endes auch möglich ist die Gesamtanstellung und auf den Arbeitsertrag einwirkt, wird nicht schwer zu verstehen sein. Nach Gott! Mühselig ist dies ganz allgemein darin, daß die höchste Art zu arbeiten, weitaus befruchtend wirkt in ganzen und gemäßigten Systemen von Betrieben. Das Taylorsystem dagegen befreit sich jeweils auf einen einzelnen schon bestehenden, schon geführten Betrieb, um ihn nachher in ein ganz bestimmtes, einseitiges Richtung zu verkettern, nämlich durch herabgesetzte Berechnung des Arbeitsertrages, also der ausführenden Arbeit im Betrieb. Taylors Untersuchungen und Prüfungen der Arbeitsarten seien Feinarbeit am Betriebe, achtenswert in ihrer Technik, aber die Taylori (= der Weg der Höchstleistung) sei verhängnisvoll und sie verdrängte den Betrieb zum Seelenlosen eines Unternehmens. Diese Art von Anweisung (Taylor nennt den Arbeiter wie andere Werkzeug- und Maschinenteile nennen) schaltet das Persönliche des Arbeiters aus. Für diese Art von Organisation (für die Organisation der Geschlossenheit) habe Henry Ford nur Hohe und Vernichtung. Bei der Wahl, ob man sich Taylor oder Ford als Meister nehmen soll, wird auch zu bedenken sein, daß sich ein Betrieb reichlich fünf Jahre im Labyrinth und hoffnungslos verfahren kann, bis ihn die Zwangsjahre des Taylorsystems richtig führt. Der Arbeiter, der sich nach Taylor einmal eingerichtet hat, hat aller-

dings einen Vorsprung (nach G. D. einen unersichtbaren) und: Nur wer zuerst kommt, mahlt bei der Taylori zuerst. Diese Überlegenheit kommt aber nicht der Allgemeinheit zugute, sondern nur dem Taylorisierten einzelnen Betrieb. Entsprechende Unternehmer erhalte eine Monopolrente (ein Taylorrente). Die Volkswirtschaft hat danach kaum ein beachtenswertes Fortschritt von Taylorisierten Betrieben erwarten, und die weitverbreiteten Betriebe (die nicht Taylorisiert sind) werden mit Sorgen und Bangen auf den Vorsprünge lichen. Sowie aber der einzelne Unternehmer seinen eigenen Betrieb auf die Anregungen Taylors hin erforscht, überprüft und ihn leistungsfähiger gestaltet (ohne sich Taylor mit Haut und Haaren zu verzeihen), bleibt immer auch etwas, was zugunsten Taylors verbucht werden muß. Jedenfalls: Als ein Anreger ersten Ranges muß Taylor bezeichnet werden, was auch immer gegen seine Lehren gesagt werden kann. Es handelt sich in diesen Fragen ja niemals um Personen, sondern

Festen

Boden unter den Füßen hat die Arbeiterchaft nur dann, wenn sie einig und geschlossen in den zuständigen Verbänden organisiert ist. Wer seine Organisation verläßt, befreit schwankenden

Boden

auf dem er sich nur unter Preisgabe seiner Arbeiterehre als Geißel oder als Streikbrecher halten kann. Wer diesen gefährlichen Schritt tut, der geht im Sumpf

unter

denn er hat seine Klassengenossen verraten gegen winkende Belohnung, die in der Regel nur gegeben wird für dauernden Verrat. Der Verräter ist

den

Unternehmern im Notfall willkommen, sie behandeln ihn als Fremde, aber sie verachten ihn. Wer seine, seiner Familie und der Arbeiterchaft Ehre mit

Füßen

tritt, wird zu spät einsehen, daß er der Betrogene ist, denn zur gegebenen Zeit erhält er den verdienten Fußtritt.

um die Wirkungen der Lehren, um die Förderung der Volkswirtschaften (die Überschrift dieses Aufsatzes würde deshalb auch richtiger: Taylorismus und Fordismus heißen, aber Taylor und Ford erregen vielleicht die Aufmerksamkeit mehr, und deshalb ziehe ich die Kürzung vor).

Wäre Ford nicht mit seiner Durchsetzung der Betriebe gekommen, so hätten wir wohl noch lange daran zu schaffen gehabt, das Ungeheuer im Taylorismus (Taylorismus: das Streben zur Höchstleistung nach der Art von Taylor) zu verbannen. Erst beim gründlichen Durchdenken der Fordschen Grundgedanken kommt uns so recht zum Bewußtsein, wo sich die Schatten des Taylorismus verbreiten können.

Ganz im Gegensatz zur Taylori erstreckt der Fordismus die geistige Mitwirkung aller am Betrieb Beteiligten: Jeder soll bei Ford denken, und wer erfolgreich bei ihm denkt, der wird dafür entlohnt (in Geld und Aufstieg). In der Taylori werden die Muskeln der Arbeiter stark, im Fordismus die Gehirnzellen. Nur wer es im Fordismus ablehnt, zu denken und weiterzudenken, bleibt Muskelmensch. Auf alle Fälle ist sehr zu beachten, daß der Arbeiter im Fordismus trotz der denkbaren großen Arbeitsteilung (mit einer geradezu hervorragenden Arbeitsteilung) noch verantwortlich für sein Tun ist. In der Taylori ist der Arbeiter davon befreit. Ihre Leistung ist: Entlastung von aller Verantwortung dank der Leistung für alles. Der Fordsche Arbeiter soll denken und verantwortlich sein für seine Arbeit. Taylor glaubte ein für allemal fertige Anleitungen liefern zu können. Ford aber sagt: Wir wollen nicht wissen, was bisher als am besten gehalten hat, sondern wir möchten wissen, wie man es besser macht, als wir es bisher gemacht haben. Der tiefste Sinn keines gewerblichen Strebens ist: Entwicklung! Aber nicht Entwicklung in nur einer Angelegenheit der Güterherstellung, sondern in allen Fragen der Herstellung und des Betriebs. Es gibt bei ihm keine besten Lösungen, das ist der wahre Grund für seinen Aufstieg. Wer die beste Lösung sucht, ist schon halb verurteilt, wer dagegen die bessere Lösung sucht, befindet sich auf dem geraden Wege zum Aufstieg. Dieser Aufstieg muß aber auch den Betriebsangehörigen und den Verbrauchern zugute kommen. Taylor wollte dies auch, wie aber hier schon angedeutet wurde: Der Mehrertrag verfiel in dem einzelnen Taylorisierten Betrieb. Im volks- und weltwirtschaftlichen Geschehen genügt es nicht, gemerkt zu haben, hier entscheidet das Erreichte, die Tat. "Wahr ist, was sich bewährt." In erlangen ist: Für alle sich bewährt.

Von einer anderen Seite her betrachtet, kann man vielleicht sagen: Taylor dachte an Verbesserungen in handlichen Verhältnissen, Ford ist begabter Ingenieur, gepaart mit weiterschauendem kaufmännischen und weltwirtschaftlichen Blick. Ford mocht sein Geschäft in der Hauptsache als Kaufmann. Erst diese Befähigung schaffte ihm die Mittel zur Umgestaltung all des Technischen in seinen Betrieben. Sinkende Ver-

kaufspreise ermöglichen zunehmenden Verbrauch. Das ist kaufmännisches Denken. Der Massenverbrauch schafft die Mittel zur Verbesserung der Einrichtungen, und der zunehmende Absatz ermöglicht steigende Löhne. Auch dieser Gedanke ist kaufmännisches Gewächs. Aber technische und kaufmännische Begabung zusammen hätten Ford nicht zu dem gemacht, was er ist, wenn er nicht seelisch tief hätte blicken können. Daraus, daß sein Friedensschiff (das er seinerzeit verbrüffete) nicht den gewünschten Erfolg hatte, darf man nicht folgern, daß er kein Menschenkenner sei. Angenommen, er habe da versagt, darf daraus abgeleitet werden, es könne auch nicht weit mit ihm her sein? Wenn Leute, die sich wirtschaftlich nicht betätigen, so denken, so mag dies noch hingehen. Die Wirtschaftsführer sollen aber an das denken, was anbestreitbar geschaffen hat, das gebietet ihnen das eigene Unternehmen, das Wohl der Güterhersteller und der Verbraucher. Zudem: Mäkeln ist nicht schwer, die große Frage ist: Besser machen. Wo ist der, der in großgewerblichen Fragen an Ford herangekommen oder über ihn hinausgewachsen ist? Nicht im Verkleinern zeigt sich der wahre Gestalter, sondern im Anerkennen und Verbessern. Im Verbessern ist Ford Taylor überlegen. Das vom Krieg und den Nachkriegswirkungen niedergedrückte Deutschland will heraus aus der Enge seiner Wirtschaft, Ford hat ein Licht angezündet, das auch Deutschland leuchten kann. Das muß ihm auch sein Feind lassen. Er hat neue wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen und neue angedeutet. Denken und sorgen wir für die bestmögliche Ausführung! F. A. B.

Drei Monate katastrophaler Preispolitik.

SPD. Als das Reichsernährungsministerium im Juli d. J. seine berüchtigte Zollvorlage veröffentlichte, begründete es die Notwendigkeit des Agrarzolls mit dem Tiefstand der deutschen Getreide- und Viehpreise. Richtig war in dieser Begründung, daß die deutschen Agrarpreise weit unter Friedens- und Weltmarktpreisen lagen. Unberücksichtigt blieb aber dabei, daß die Kleinhandelspreise höher als im Frieden waren. Wir geben die Verhältnisse durch folgende Tabelle wieder, die sich auf die Berliner Notierungen und Kleinhandelspreise stützt:

	Durchschnitt 1913		Juni 1924	
	£	fl.	£	fl.
Roggen bzw. Mehl, 1/2 kg	8,22	16	6,55	15,7
Kartoffeln, 1/2 kg	2	3,3	2,18	4,3
Butter, 1/2 kg	128	140	130	179
Rindfleisch, 1/2 kg	42,75	98	31,86	99
Schweinefleisch, 1/2 kg	53,5	75	47,86	91

In unserer Tabelle bedeutet £ den Erzeuger und fl. den Kleinhandelspreis in Goldpfennigen. Wir sehen, daß der Erzeugerpreis besonders für Getreide und Fleisch sich noch im Juni 1924 unter dem Friedensstand bewegt, während der Kleinhandelspreis durchweg höher als im Frieden ist. Höher als im Frieden sind auch die Preise für Industriewaren. Nach einer Zusammenstellung der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer kosteten:

	Durchschnittspreis 1913		Juni 1924	
	£	fl.	£	fl.
Stabeln	159,10 = 100		233,64 = 147	
Schmelz. Großsteinohle	24,24 = 100		32,80 = 135	
Ammoniak	1,30 = 100		1,15 = 88	
fl. Masch. und Geräte	1735,-- = 100		2541,-- = 146	
Seiler- und Webwaren	54,92 = 100		93,15 = 170	
Geschirre und Schuhe	145,-- = 100		168,-- = 116	

Es ergibt sich also ein bemerkenswerter Preisunterschied zwischen den Waren der Landwirtschaft und den Waren der Industrie. Wenn es überhaupt in Deutschland ein Agrarproblem gegeben hat, beruht dieses Problem auf dieser Preisdifferenz, da sie den Betrieb eines Teils der landwirtschaftlichen Betriebe unrentabel macht.

Die richtige Lösung des Problems wäre die radikale Senkung der Industriepreise gewesen. Das war durchaus möglich, da die Kleinhandelspreise für landwirtschaftliche Artikel, wie unsere erste Tabelle zeigt, maßlos übersteuert sind und den Friedensstand bei weitem überschritten haben. Der Reichsernährungsminister ging aber diesen Weg nicht, sondern erstrebte durch Freigabe der Getreideausfuhr und durch Schutzollpropaganda eine Steigerung der Agrarpreise. Auf Vorstellungen der Gewerkschaften, die auf die drohende Belastung der Arbeiterchaft hinwiesen, versprach er, die Kleinhandelspreise in angemessenen Grenzen halten zu wollen. Seitdem ist fast ein Vierteljahr verfloßen, und wir können die Folgen der Verteuerungspolitik des Reichsernährungsministers zahlenmäßig nachweisen. In der Berliner Produktenbörse stiegen sich die Preise für Getreide, in der Hauptsache unter Einfluß der freigegebenen Ausfuhr, wie folgt:

	Weizen		Roggen		Sommergerste		Futtergerste	
	(1000 kg in Goldmark)							
25. Juni	134-138	114-124	138-145	127-135				
29. Juli	187-192	140-146	164-173	157-164				
19. August	204-210	148-157	205-216	182-187				
8. September	212-222	186-185	210-240	190-200				
17. September	228-236	205-209	222-250	200-210				

Da der Friedenspreis für Weizen 197 und der für Roggen 175 Mark betrug, waren im Anfang September die Friedenspreise bei weitem überschritten. Die Preisbewegung wird einem aber erst recht klar, wenn man berücksichtigt, daß die steigenden Getreidepreise alle anderen Agrarpreise in die Höhe getrieben haben. Soeben veröffentlicht die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer eine Übersicht über die Steigerung der Agrarpreise im Monat August. Es handelt sich um Erzeugerpreise, also um die Preise, die der Landwirt für seine Produkte erhält. Danach gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:

	Durchschnittspreis		
	1913	Aug. 1914	Mai 1924
Roggen, 50 kg	8,22 = 100	7,46 = 91	6,55 = 80
Kartoffeln, 50 kg	2,00 = 100	2,03 = 102	3,40 = 170
Butter, 1/2 kg	1,28 = 100	1,64 = 128	1,66 = 130
Ohnen, 0,50 kg	42,75 = 100	30,70 = 72	28,07 = 66
Schweine, 0,50 kg	53,50 = 100	56,94 = 106	42,60 = 80

Wir sehen, daß die Agrarpreise durchweg eine erhebliche Steigerung erfahren haben, und das ist um so mehr der Fall, da die Feststellungen der Hauptlandwirtschaftskammer schon deswegen überholt sind, weil die Preise im September weiter angezogen haben, z. B. wird in unserer Tabelle der Roggenpreis mit 7,46 Mark pro 50 kg angegeben, d. h. 1000 kg (1 Tonne) kosten 149,2 Mark. Der Preis liegt aber heute ungefähr um 200 Mark, also kosten 50 kg heute zum mindesten 10 Mark. Der Roggenpreis im September ist also bereits um ca. 2,50 Mk. = 30-35 Prozent höher als im Frieden; sein Index wird also im September auf jeden Fall über 130 liegen, während ihn die Hauptlandwirtschaftskammer für August noch mit 91 angibt. Was selbe gilt auch von den Fleischpreisen. Der Preis für Schweine (Stallpreis) hatte bereits im August den Friedenspreis mit 56,94 Mk. überschritten, während der Preis für Ohnen von der Hauptlandwirtschaftskammer noch unter Friedenspreis liegend angegeben wird. Aber auch hier haben sich die Preisverhältnisse im September bedeutend verändert. Wir nehmen, was die Entwicklung zu veranschaulichen, als Stichtag den 6. September 1924 und als Ort den Berliner Markt an. Nach den amtlichen Feststellungen kosteten Ohnen der Klasse e, d. h. junge, fleischige, nicht angemästete, und ältere ausgemästete Ohnen 37 bis 39 Mk. pro 50 kg, d. h. rund 9 Mk. mehr als im Monat August. Deutlich wird aber erst die ganze Entwicklung, wenn man sich ver-

gegenwärtig, daß an unserem Schichttag für vollfleischige, ausgehäutete Ochsen 46-48 Mk. pro 50 kg bezahlt werden mußten, und in Hannover am 10. September sogar 52 Mk. Der Schweinepreis steigerte sich aber pro 50 kg bis auf 82 und 84 Mk. am 10. September in Berlin. Damit ist der Friedenspreis weit überholt. Die Folgen einer solchen Bewegung auf die Preise anderer Waren machen sich seit geraumer Zeit schon auf den Gütermärkten bemerkbar, wo sich die Preise um 30 Prozent gesteigert haben und wieder weit über den Weltmarktpreisen liegen. Gerade die anziehenden Viehpreise haben die Bewegung mit verursacht, die wir bald schon mehr als bis jetzt an den anziehenden Schabpreisen merken werden.

Der Reichsernährungsminister hat also durch seine Politik eine Preishausse entfesselt, deren Ende gar nicht absehbar ist. Dagegen haben wir von der versprochenen Korrektur der Kleinhandelspreise noch nicht das geringste bemerkt. Im Gegenteil, gerade gewisse Preise sind den Reichsernährungsminister haben die Kreditnot der Reichsbank durchschleiert und illusorisch gemacht, die geeignet war, einen Druck auf die überhöhten Warenpreise auszuüben. So wälzt man also die erhöhten Erzeugerpreise auf den Verbraucher. In der Hauptfrage also auf den Arbeiter ab. Für August liegen seitens der Preisberichtsstelle beim Landwirtschaftsamt Angaben über die Bewegung der Kleinhandelspreise vor, die unsere Behauptungen klipp und klar beweisen. Danach entwickelten sich die Kleinhandelspreise wie folgt:

	1914	Durchschnittspreis August 1924	Juli 1924
Brot, 1/2 kg	0,14 = 100	0,143 = 102	0,143 = 102
Roggenmehl, 1/2 kg	0,18 = 100	0,173 = 106	0,09 = 104
Kartoffeln, 50 kg	3,50 = 100	4,31 = 123	-
Butter, 1/2 kg	1,40 = 100	2,37 = 169	1,918 = 141
Rindfleisch, 1/2 kg	0,93 = 100	1,00 = 107	0,92 = 99
Schweinefleisch, 1/2 kg	0,75 = 100	1,30 = 173	0,98 = 132

Auch hier muß gesagt werden, daß die Angaben für August nicht einmal die wirklichen Preissteigerungen wiedergeben und für September bereits überholt sind, da sich gerade im September weitere Preissteigerungen sprunghaft vollzogen haben. Der Reichsernährungsminister hat selbst, erschrocken von dem Erfolg seiner Politik, die freie Getreideausfuhr plötzlich wieder aufgehoben. Zu spät, weil bereits, während andere Agrarländer, z. B. Polen und Italien, mit ihren Vorräten zurückzuziehen, ungeheure Mengen deutscher Getreide der diesjährigen Ernte nach dem Ausland verkauft worden sind. Deutschland, das Importland für Getreide und Vieh ist, wird im Laufe des Wirtschaftsjahres gezwungen sein, das jetzt verkaufte Getreide zu höheren Preisen zurückzukaufen. Aus diesem Grunde ist kaum damit zu rechnen, daß die Erzeugerpreise schwächer werden und die Preisgezesse an den deutschen Produktionsbörsen korrigiert werden können.

Die ganze Entwicklung muß unbellvoll auf die Ernährungslage der Bevölkerung, die Produktionskosten in der Industrie und den lebenswichtigen Export zurückwirken, wenn es nicht gelingt, möglichst schnell in der Preispolitik vernünftige Grundzüge zum Durchbruch zu bringen. Zunächst erscheint es unerlässlich, die Zollvorlage, die preissteigernd wirkt, zurückzuziehen und ein vernünftiges Verhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen durch eine durchsichtige Senkung der Preise für Industrie- und landwirtschaftliche Waren auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Niveau herzustellen. Wichtigste Voraussetzung für diese Preisnormalisierung ist der Druck auf die Kleinhandelspreise.

Bis jetzt hat Herr Kautz, der Reichsernährungsminister, noch nichts Positives getan, um sein Wort von der Preiskorrektur einzulösen, während die Preise weiter anziehen und die Unternehmer sich mit Lohnreduzierungsplänen fragen.

Lofterwirtschaft!

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Ein neues Bleiweiß-Fällungsverfahren.

In der 'Chemiker-Zeitung' wird auf ein neues Herstellungsverfahren für Bleiweiß hingewiesen, das patentamtlich geschützt ist. Der Erfinderspatent hat das Verfahren nachgeprüft und ist gut befunden. Nach seiner Angabe ist das Fällungsbleiweiß dem Kammerbleiweiß vollkommen ebenbürtig hinsichtlich der Deckkraft, Trockenschwindigkeit, Beständigkeit im Anstrich, Schutzwirkung gegen atmosphärische Einflüsse und ebenso hinsichtlich seines geringen Ölverbrauchs, wodurch allein schon eine Ersparnis von rund 20 Prozent Leinöl beim Anstreichen der Wände erzielt wird. Auch in seiner chemischen Zusammenetzung gleicht es dem Kammerbleiweiß. Ein weiterer Vorteil gegenüber den bisherigen Fällungsprodukten liegt darin, daß sich das neue Fällungs-Bleiweiß praktisch auch nach abtönen läßt, wodurch den gesundheitlichen Bestimmungen, wonach Bleiweiß nicht trocken abgerieben werden darf, genügt wird. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß das in Deutschland gebräuchliche Kammerverfahren 7-8 Wochen benötigt, die neue Gewinnung aber ein Schnellverfahren ist, das auch in hygienischer Beziehung das gesundheitschädliche Herausdrücken der entzündeten Bleiweißmassen aus den Kammern vollständig vermeidet.

Dem Erfinder Rudolf Planell ist es auch gelungen, ein neues Bleiweißverfahren auszuarbeiten, das bereits zum Patent angemeldet ist. Nach diesem Verfahren wird metallisches Blei mit Essigsäure oder essigsaurem Bleiessig durch Einblasen von Luft oxydiert. Durch dieses neue Oxydationsverfahren wird ein kontinuierliches Arbeiten ermöglicht unter völliger Ausschließung des bisher unerlässlichen, äußerst gesundheitschädigenden Einblasens der sich immer wieder zusammenballenden Bleimassen. Dabei ist es möglich, schwer oxydierendes antimonhaltiges Blei zu verarbeiten, wodurch allein die Rentabilität des Prozesses um 30 Prozent erhöht wird. Ferner kann nach dem angemeinerten Verfahren mit dem dritten bis vierten Teil an metallischem Blei das gleiche Ausbeuteertragsverhältnis erzielt werden, und zwar in kürzerer Zeit als nach dem alten Gewinnungsprozesse.

Wenn sich die Angaben bestätigen, woran in technischer Beziehung nicht gezweifelt werden kann, wird die Einführung des neuen Systems nicht lange auf sich warten lassen, denn es bietet den Unternehmern greifbare Vorteile. Aber auch die Arbeiterschaft dürfte die Einführung begrüßen, weil eine ganze Reihe Ursachen zu schweren Bleierkrankungen mit der Einführung in Fortfall kommen.

Mehroverdienst der Arbeiter in der Kölner Sprengstoffindustrie.

Die Zuschlagsfrage in der hiesigen Sprengstoffindustrie hat seit 1919 immer eine erhebliche Rolle gespielt. In den Fabriken fordern die Arbeiter mit Recht, daß ihre Verdienste an die Friedenshöhe herankommen.

Die Unternehmer sträuben sich hartnäckig und wollen von festen Zuschlägen zum Tariflohn nichts wissen, weil angeblich dann die Leistungen zurückgehen. Es bedürfte aller Aufregungen, die Unternehmer zu veranlassen, anzuerkennen, daß der Giftarbeiter in der Sprengstoff-Industrie einen höheren Lohn, insbesondere auch wegen der gefährlichen Arbeit, haben möchte. Sehr begrüßenswert ist, daß auch Wissenschaftler sich in dieser Frage auf die Seite der Arbeiter gestellt haben. Dr. Kölsch z. B., sagt hierzu:

Vor der Höhe des Lohnes hängen die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse unmittelbar ab; beide besitzen maßgebende Einflüsse auf die körperliche Widerstandskraft, auf Lebensenergie, Blutregeneration und andere biologische Abwehrmaßnahmen gegen Schädigungen aller Art. Es erscheint daher als Gebot der Billigkeit und weisen Vorsicht, den Giftarbeitern eine relative Lohnerhöhung in Form eines besonderen Zuschlages zukommen zu lassen.

Durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gemischen und der Sprengstoff-Industrie gelang es, für die Arbeiter im Nitro-Glycerinbetrieb der Carbonitfabrik in Schleibach die gegenwärtigen Zuschläge um 65 Prozent zu erhöhen, und zwar in der Weise, daß für jede Charge 85 Pf. pro Mann gezahlt werden. Bei Reparaturen, wo bisher nur der Tariflohn gezahlt wurde, wird ein Zuschlag von 30 Prozent gewährt. Die Arbeiter in der Nachschubung, die bisher keine Zuschläge erhalten haben, bekommen nunmehr 31 Prozent zum Tariflohn.

Auf Antrag der Gewerkschaften erklärten sich die Arbeitgeber bereit, diese Regelung für die gesamte Sprengstoff-Industrie anzuerkennen zu wollen, so daß auch die Arbeiter in denselben Betriebsabteilungen auf der Dynamitfabrik in Wahn, der Dynamitfabrik in Schleibach und Opnaden diese Mehrverdienste erhalten. Die erhöhten Sätze werden vom 2. September an rückwirkend.

Die Arbeiter der Carbonitfabrik dürfen sich dieses Erfolges freuen und hätten ihn schon eher haben können, wenn sie sich früher von den Phrasen des kommunistischen Industriearbeiterverbandes befreit hätten. Daber ergibt an die noch Fernstehenden, an die Bögernden und Wankelmütigen der Auf: Fort mit der großen Kampfkanone des Industriearbeiterverbandes! Hinem in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

P. Hertwig (Köln).

Gegen

Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung, gegen unwürdige Behandlung, gegen leibliche und seelische Not und für

soziale

Besserstellung der Arbeiterschaft kämpft die gewerkschaftliche Organisation. Wer als Arbeitnehmer die Verbände in diesem Bestreben passiv oder aktiv hindert, der schädigt sich, seine Familie

und

die gesamte Arbeiterschaft. Wer dagegen die Organisation materiell und durch aktive Mitarbeit unterstützt, der fördert die

wirtschaftliche

Besserstellung der Berufskollegen und der Klassenangehörigen überhaupt. Nur durch die Einigkeit ist es der Arbeiterschaft möglich, während der Krise die größte

Not

aus den Arbeiterfamilien zu bannen. Hierbei Mithilfe geleistet zu haben, muß der Stolz aller Arbeiter und Arbeiterinnen sein.

Explosion in einer Tetraaminfabrik.

Am 23. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, ereignete sich am dem Tetraaminwerk in Koblentz eine Explosion im Pumpenhaus, welche das Gebäude völlig zerstörte, jedoch Pumpen und Apparate, soweit sich überleben läßt, unbeschädigt ließ. Vier Mann sind verletzt worden; zwei davon erheblich, so daß sich ihre Überführung ins Krankenhaus notwendig machte. Lebensgefahr besteht erfreulicherweise aber nicht. Infolge der Explosion ist der Produktionsbetrieb unterbrochen, es steht jedoch zu erwarten, daß in kurzer Zeit der Schaden beseitigt wird, so daß der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Entlassungen sollen nicht vorgenommen werden über die Ursachen des Unglücksfalles wird vom Betriebsrat sowie von der Gewerbeinspektion mitgeteilt, daß die Verpackung einer Kraftgasleitung undicht geworden war und daß die Explosion erfolgte, während zwei Leute mit der Abdichtung beschäftigt waren.

Papier-Industrie

Varzin, Hammermühle, Raffsdamm.

Die Generaldirektion dieser Papierfabriken klagte schon seit Jahr und Tag, daß sie wegen der hohen Löhne der Belegschaften die Betriebe nicht aufrechterhalten könne. (Man möchte zu gerne vom Reichsrahmentrag loskommen und vom Bezirksvertrag entbunden sein, um einen niedrigeren Lohn zahlen und desto besser Konkurrenz im Ausland betreiben zu können.) Unter dem 3. April d. J. wandte sich die Direktion in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister. Der Brief lautete:

Varziner Papierfabrik Hammermühle, den 3. April 1924.

Wir gestatten uns ganz ergebenst, folgende Angelegenheit vorzutragen:

Wie ja dort bereits bekannt ist die gesamte deutsche Papier-Industrie durch einen Reichsarbeitsvertrag verbunden in dem die allgemeinen Arbeitsbedingungen usw. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt sind.

Dieser haben wir uns, wenn auch schweren Herzens, mit dieser Neuordnung der Dinge abgefunden und abfinden müssen. Bei der von Tag zu Tag schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage ist aber dieser Reichsarbeitsvertrag in Rücksicht auf die unternehmerischen Verhältnisse für uns nicht mehr tragbar. Unser natürlicher Abgabebereich im Osten ist uns durch die Neuregelung der sibirischen Grenzen genommen. Wir sind deshalb mehr als je auf den Absatz im Westen angewiesen, der uns durch die so enorm verteuerten Frachten erschwert und zum Teil unmöglich gemacht wird. Bei jeglichem Mangel an Rohmaterial (Kohle) müssen wir z. B. aus Oberösterreich beziehen und dem Preisfall jeglicher Zusatzenergie, die wir im Frieden gewöhnen haben, sind wir auch wirtschaftlich unserer Konkurrenz gegenüber außerordentlich benachteiligt.

Die familiären Verhältnisse bedingen es, daß wir Arbeiterkolonnen haben errichten müssen, in denen der größte Teil unserer Arbeiterschaft wohnt; außerdem haben wir dem besten Arbeiter und Gartenland zur Verfügung stellen müssen. Auch sonstige Erleichterungen gewähren wir hinsichtlich Heizung, Beleuchtung usw., wie es die isolierte Lage unserer Werke bedingt.

Am alle diese Punkte kann und wird in einem Reichsrahmentarif, der zum Teil in Berlin manchmal sogar unter Mitwirkung unserer Konkurrenz festgelegt wird, keine Rücksicht genommen werden, und wir befinden uns deshalb in einer Lage, die uns die Möglichkeit eines Stillstandes unserer Werke in die Nähe rückt, wozu wir bemerken, daß wir bereits im Herbst vorigen Jahres haben stilllegen müssen, weil wir den Verhältnissen nicht gewachsen waren. Ein Stilllegen unserer Betriebe, die aus drei Papierfabriken, zwei Zellulosefabriken und zwei Holzschleifereien bestehen, annähernd 2000 Mann beschäftigen, würde aber für alle Beteiligten und für die ganze Umgebung von katastrophaler Wirkung sein.

Um den durch den Reichsarbeitsvertrag für uns heraufbeschworenen Ungleichheiten zu entgehen, ist unser Bestreben schon lange darauf gerichtet, aus diesem Verbandsentlassen zu werden, damit wir uns den örtlichen Verbänden anschließen können, die in Stolz und Umgegend bestehen, anschlüssen können, und die genau mit den hiesigen Verhältnissen verträglich sind und bei denen wir auf Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage rechnen dürfen.

Wir bitten deshalb darum, uns die Möglichkeit zu geben, aus dem deutschen Reichsarbeitsvertrag der Papierindustrie entlassen zu werden, mit der Maßgabe, daß wir uns den örtlichen Verbänden anschließen haben, und wir nehmen doch wohl mit Recht an, daß hiergegen seitens des Reichsarbeitsministeriums Einwendungen nicht zu erheben sind. Einer geneigten, möglichst umgehenden Antwort bleiben wir gewärtig und zeichnen ganz ergebenst gezt. Varziner Papierfabrik.

In den Reichsarbeitsminister, Berlin.

Inzwischen hatte nun die Betriebsleitung alles versucht, die Genehmigung zur Stilllegung der Betriebe zu bekommen. Für Raffsdamm wurde dann auch die Genehmigung gegeben, während sie für Hammermühle und Varzin abgelehnt wurde. Aber die Direktion ließ nichts unversucht, auch die Genehmigung zur Stilllegung des Betriebes in Hammermühle zu bekommen, und zu gleicher Zeit wandte sie sich an das Sonderarbeitsamt um Verlängerung der Arbeitszeit, was durch zwei Bekanntmachungen wie folgt veröffentlicht wurde.

Bekanntmachung.

Lauf Entscheidung des Sonderarbeitsamtes in Berlin vom 28. d. M. ist für die hiesigen drei Betriebe die Arbeitszeit vom 1. September bis 31. Dezember wie folgt festgelegt worden:

1. Für die durchlaufenden Betriebe treten an Stelle der drei Schichten zwei Schichten.
2. Für die Lagerarbeiter ist die Arbeitszeit auf 10 Stunden nach Bedarf festgesetzt.
3. Frauen und Mädchen 8 Stunden die Woche.
4. Übersunden, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlich sind, müssen außer der obigen Arbeitszeit von der männlichen Belegschaft geleistet werden.

Die vorstehende Neuregelung der Arbeitszeit und die neue Einteilung der reduzierten Belegschaft wird in den nächsten Tagen im Benehmen mit dem Betriebsrat festgelegt werden. Inzwischen fordern wir diejenigen unserer Arbeiter, welche sich dem Schiedspruch unseres Sonder-Tarifamtes nicht unterwerfen wollen, auf, sofort ihre Entlassung zu fordern, damit bei der Neueinstellung der Belegschaft von vornherein darauf Rücksicht genommen werden kann.

Hammermühle, den 28. August 1924.
gezt. Fr. Morgenstern. gezt. Meißner.

Bekanntmachung.

Wie der Belegschaft bekannt, arbeiten unsere Betriebe seit vielen Monaten mit erheblichen Verlusten. — Wir haben den Betriebsrat in jeder Sitzung darauf hingewiesen und ihn über unsere Verluste unterrichtet. Die Papierpreise liegen unter unseren Herstellungskosten, und es ist uns bis jetzt nicht gelungen, die letzteren in genügender Weise herabzumindern.

Wir sind deshalb zu unserem größten Bedauern gezwungen, unsere hiesigen drei Werke, Hammermühle, Kammühle und Fuchsmühle stillzulegen, und kündigen hiermit unserer gesamten männlichen und weiblichen Belegschaft in den genannten drei Werken ohne Ausnahme zum Sonntag, 14. September 1924. Die Betriebe werden somit am Montag, dem 15. September, früh 6 Uhr, stillgelegt. Ob und wann eine Wiederinbetriebnahme erfolgen kann, läßt sich noch nicht übersehen.

Hammermühle, den 1. September 1924.
gezt. Ehrhardt. gezt. Morgenstern.

Bekanntmachung.

Also anzurechnen auf Grund niedriger Löhne und längerer Arbeitszeit will man sich Abgabebiete im Inlande erobern.

Aber wir glauben an diese Behauptung nicht so recht. Der wahre Grund zum Vorgehen der Direktion liegt in dem Haß gegen die Organisation zu suchen. Man will wieder die Zustände der Vorkriegszeit, wo man schuldschuldige und nicht mehr schuldschuldige Kinder, Männer und Frauen mit schweren körperlichen Arbeiten und beim Holzschalen beschäftigte für einen Stundenlohn von 14 bis 18 Pf. (Kinder entsprechend weniger). Diese mußten dann die Arbeiten in Akkord ausführen, so daß oft, wenn der Mann seine 12 Stunden abgearbeitet hatte, er seiner Frau und den Kindern noch beim Holzschalen half. Auf Grund solcher Zustände konnten 20 Prozent Dividende und mehr verteilt werden, und hiernach geht auch heute wieder das Streben.

Daß man darauf ausgeht, die Organisation in den Betrieben zu zerstören, ergibt sich daraus, daß sich in alle diese Streitigkeiten der Syndikus vom örtlichen Arbeitgeberverband, Dr. Schäfer, einmischt, der auch Aktionär dieser Fabriken ist.

Der Betrieb in Raffsdamm wurde geschlossen, und gleich am nächsten Tage wurde wieder draußlos produziert und ca. 100 Mann beschäftigt. Zugleich wollte man den Betriebsrat loswerden, weil sich dieser von dem dortigen Betriebsleiter Greßler nicht alles bieten ließ. Der Betriebsrat wurde nicht wieder eingestellt. Es wurde Klage erhoben, die zwar in der ersten Instanz abgewiesen wurde, aber noch ihren weiteren Verlauf nimmt.

Daß man nur eine gefügige Arbeiterschaft haben will, geht daraus hervor, daß der Generaldirektor Morgenstern in einer Unterhaltung mit dem Vorsitzenden des Betriebsrats Hammermühle zum Ausdruck brachte: Ich kann ehrenwürdig erklären, daß wir gegen den Betriebsrat in Raffsdamm nichts einzuwenden haben; aber da man ihn als alten Mann noch vor Gericht gezerrt hat, werde er alles daran setzen, daß der Betriebsrat nicht wieder eingestellt wird. Er sagte dann hinzu, daß wenn der Betriebsrat in Hammermühle nicht pariere, es ihm genau so geben würde wie dem in Raffsdamm. Man stellt einfach beim Sonderarbeitsamt den Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit, und zu gleicher Zeit verlangt man die Stilllegung des Betriebes, um auf diese Art und Weise den künftigen Betriebsrat loszuwerden.

Vor dem Sonderarbeitsamt wagte es der Generaldirektor Morgenstern wie sein Ingenieur Ehrhardt, welcher noch nicht ein Jahr im Betriebe ist, die Behauptung aufzustellen, die Arbeiterschaft sei faul. Wir haben darauf die beiden Herren zu einer Versammlung eingeladen, um ihre vor dem Tarifamt angelegte Behauptung vor ihrer Arbeiterschaft zu wiederholen. Herr Morgenstern äußerte sich, er würde an der Versammlung teilnehmen; erschienen ist er nicht.

Durch solche Praktiken der Direktion verliert die Arbeiterschaft allmählich alle Arbeitslust aber auch die technische Einrichtung, besonders im Betrieb Hammermühle, muß abgedembt werden, wenn der Betrieb auf der Höhe bleiben soll. In der Versammlung wurde von allen Kollegen, die schon jahrelang im Betriebe arbeiten, zugegeben, daß noch niemals soviel Ansehens produziert wurde wie jetzt. Die Direktion möchte ihren Betrieb technisch umstellen, die Kräfte in Ruhe lassen und nicht immer an den Höhen herumhängeln; dann wird sie auch eine Arbeiterschaft haben, die mit Lust und Liebe arbeitet. Wenn die Direktion glaubt, durch Schikanen aller Art die Organisation aus dem Betriebe verdrängen zu können, so irrte sie sich. Eher werden bestimmte Herren ihren Wanderstab ergreifen, als die Organisation aus Hammermühle und Raffsdamm auszuschleichen.

Satzung fernhalten!

Die Kollegen der Papierfabrik von Karl Hans Koch, Altkönigs-Offen, Dornstr. 33, befinden sich seit dem 8. September 1924 wegen Lohnunterschieden im Streik.

Satzung gelehrten Papierarbeitern nach diesem Betriebe ist daher dringend fernzuhalten.

Tödlicher Unfall.

In der Papierfabrik Elern in Stadtfleinach waren am 3. September die Kollegen Maurer und Lorber mit dem Auspülen des Stofffilters beschäftigt. Während Maurer die elektrische Lampe hielt, spülte Lorber mit dem Wasserhahn den Filter durch. Lorber holte sofort Hilfe, und es gelang auch, Maurer herauszuholen. Wahrscheinlich hatte aber der Kollege Maurer von dem abgepöhlten Stoffwasser geschluckt, denn nach einigen Tagen machten sich Vergiftungserscheinungen bemerkbar. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe verstarb der Kollege Maurer nach 5 Tagen. (Warum ist der Abwurf Maurers erfolgt? Ist die Gefährlichkeit des Stoffwassers bekannt? Wenn ja, weshalb wurden nicht gleich nach der Rettung Vorbeugungsmaßnahmen getroffen? Mühte erst die Erkrankung eintreten? Die Red.)

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Für den Achtstundentag.

Der tschechoslowakische Sozialminister nimmt in einem in der Presse veröffentlichten Brief gegen die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland Stellung. Er tritt für die in der Tschechoslowakei bereits 1921 in Kraft getretene Konvention von Washington ein und sagt: Seit dem Kriegsende und seit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist bei uns eine Abnahme des Alkoholverbrauchs, eine Verbesserung der Haushaltsführung, ein rasches Steigen der Mitgliederzahl von Turnvereinen, Arbeiter-Kulturvereinigungen usw. bemerkbar. Ich bedauere heute als Sozialpolitiker, daß bei uns gegen die achtstündige Arbeitszeit mit dem Hinweis auf Deutschlands Armut argumentiert wird. Ich bedauere als Sozialist, der nach der Verjüngung der Völker trachtet, daß die tschechische Arbeiterkraft das Gefühl hat, daß ihre sozialpolitischen Errungenschaften von Deutschland bedroht werden, von jenem Deutschland, das durch die beispielgebende Sozialpolitik unmittelbar nach dem Kriege bei uns gerade in den Arbeiterschichten die Sympathie gewann.

Rechtssprechung.

Eine Warnung für Verleumder.

Am 7. September fand vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. eine Beleidigungsklage der Zahnstille Ludwigshafen des Fabrikarbeiterverbandes gegen den Arbeiter Nees von der Frankfurter Gasfabrik ihren Abschluß, die mit der Verurteilung Nees' zu 10 Mk. Geldstrafe, Publikationsbefugnis in der 'Volksstimme' und der Süddeutschen Arbeiterzeitung, sowie Tragung sämtlicher, nicht unerheblicher Kosten endete. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Nees hatte in einer Gasarbeiter-Verammlung die Behauptung ausgesprochen, der Fabrikarbeiter-Verband Ludwigshafen habe anlässlich des wilden Streiks in der D. A. G. F. in der Schweiz gesammelte Streikgelder unterzogen. Ein Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes verlangte in einer Generalversammlung Aufklärung darüber. Der Vorsitzende versprach, die Sache zu untersuchen und richtigzustellen. Da die Beleidigung gegen den Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes Ludwigshafen des öfteren ausgesprochen wurde, es aber nie möglich war, den Verbreiter der unwahren Nachricht zu fassen, wurde zugestimmt und Nees veranlaßt, seine Behauptung entweder zu beweisen oder zu widerrufen. Beides wurde abgelehnt und blieb weiter nichts übrig, als Klage gegen Nees anzuführen. Auch am Dienstag in der Verhandlung vor dem Schöffengericht konnte Nees den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung nicht erbringen. Er gab an, überhanpt nicht die Absicht der Beleidigung gehabt zu haben. Ein gewisser Grimm, der wieder in die Schweiz zurück sei, habe ihm dies mitgeteilt. Auf Vorhalt des vorliegenden Richters, warum sich Nees nicht erst mal mit dem Verband in Verbindung gesetzt habe, erfolgte die Antwort: Ich habe die Mitteilung für wehr gehalten. Wiederholte Mahnungen des Vorsitzenden, doch die Sache durch eine Erklärung aus der Welt zu jagen, blieben bei Nees erfolglos. Ich habe nicht beleidigen wollen und gebe keine Erklärung ab. Der Kläger, Kollege Wachsmann von der Zahnstille Ludwigshafen, erklärte, kein Interesse an der hohen Bestrafung des Beklagten zu haben, worauf oben angeführtes Urteil gesprochen wurde. In derselben Angelegenheit haben übrigens schon mehrere Verurteilungen wegen Beleidigung und Verleumdung der Zellstilleleitung Ludwigshafen stattgefunden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistischer Terror in Jugoslawien.

Im Angesicht, wo die Kommunisten über 'Einheitsfront' und 'Einheitsfront' die Organisationsform sprechen, unterlassen sie in Jugoslawien keine einzige Gelegenheit, Verurteilungen anderer Gewerkschaften anzuführen und nachzugehen zu sprechen. Nur mit Anwendung von Gewalt und nach gegenseitigen Versprechungen können sie abgeschaltet werden. Besonders sind die Kommunisten bestrebt, jene Verurteilungen zu sprengen, in denen herausragende Gewerkschaften als Gegner der jugoslawischen Arbeiter sprechen. Ein solcher Angriff wurde auf die Verurteilungen des Gewerkschaftsbundes in Spitzburg und Jegerd verübt, und man erwartete auf die Verurteilung des Gewerkschaftsbundes in Belgrad. Jedoch wurden diese jugoslawischen Kameraden gegen kommunistischen Terrorismus wehren und mit Unterstützung der durch die Kommunisten beherrschten Verwaltungen und Redaktionen ergriffen und gefangen. Die Sozialdemokratische Parteileitung hat deshalb eine öffentliche Protest- und eine Erklärung herausgegeben, worin betont wird, daß eine kommunistische Bewegung, die die kommunistische jedes moralische Recht verlor, bei der Herrschaft über den von der Komintern gegen sie gerichteten Terror zu bekämpfen.

Proletarier Einheitsfront.

Die uns vorliegende Broschüre enthält zehn Mann der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die bei der Arbeit des Proletariats der kommunistischen Einheitsfront gegen das Arbeiterheer, wo der Arbeiter der Metallarbeiter und die erweiterte Arbeiterbewegung liegt. Die Wiener Metallarbeiter haben vor einigen Wochen dem Metallarbeiterverband mit, daß die Löhne um 15 Prozent abgenommen und die Arbeitszeit verlängert werden würde. Die Verhandlungen scheiterten, so daß schließlich zum letzten Mal, zum Streik, gezwungen werden mußte. Die Unternehmer erklärten zwar, keine Lohnsenkung weiter vorzunehmen zu wollen, lehnten aber die Gegenforderungen auf eine Lohnsenkung ab. Die Arbeiter, die gewisse Lohnsenkungen, Bürgermeister, von Wien, brachte die Parteien wieder zuhause. Die Unternehmer gingen sich zunächst sehr hartnäckig. Sie wollten nur eine geringfügige Lohnsenkung gewähren, aber die Proteste der Arbeiter schloßen. Daran setzte der Metallarbeiterverband einen Teil seiner Arbeiter ein. Die Metallarbeiter, die die andere Stadt mit Licht und Kraft versorgen, legten die Arbeit nieder. Das war nur der Anfang des notwendigen Kampfes.

Unter dem Druck dieses äußersten Kampfmittels gaben die Unternehmer nach. Sie bewilligten eine Erhöhung der Mindestlöhne um 20 Prozent und der übrigen Löhne um 10 Prozent, und zwar für sämtliche Arbeiter der österreichischen Metallindustrie. Der Kampf hatte also mit einem durchschlagenden Erfolg der Arbeiter (Schaff geendet. Hier setzte nun die kommunistische Aktion ein. Sie richtete sich gegen den Metallarbeiterverband, der diesen streikenden Kampf geführt hatte. Sie versuchte, den Sieg der Arbeiter zu sabotieren. Das ist die Einheitsfront, wie sie Moskau versteht!

Advertisement for 'Es ist nichts' (It is nothing) featuring a decorative border and text about solidarity and organizational success.

Frauenfragen. Altersgliederung und Frauenüberschuss. Nicht selten wird als Ursache der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit der Frauenüberschuss und die dadurch verringerte Heiratsmöglichkeit bezeichnet. Die Zeit vor dem Kriege stehen die Tatsachen mit dieser Behauptung in Widerspruch. Der Frauenüberschuss nahm ab, während die Zahl der erwerbstätigen Frauen zunahm. Von der ersten Volkszählung im Jahre 1882 bis zum Ausbruch des Krieges hat sich der Frauenüberschuss beträchtlich verringert. 1882 kamen auf 1000 Männer 1042 Frauen, vor Kriegsbeginn um noch 1026,4. Außerdem bestand vor dem Kriege im Heiratsalter überhaupt kein Frauenüberschuss. Bei der Volkszählung im Jahre 1907 verhielt sich der Überschuss in den einzelnen Altersklassen bei beiden Geschlechtern in folgender Weise:

Table showing age distribution and gender ratios in 1907. Columns: Alter, Weibl. Geschl., Männl. Geschl.

Im eigentlichen Heiratsalter, von 20 bis 40 Jahren, bestand also ein, wenn auch geringer, Männerüberschuss, während sich in den höheren Altersklassen ein starker Frauenüberschuss geltend machte. Es handelt sich dabei nicht so sehr um ledig gebliebene Frauen, wie man verkennt gemeint. Frauenüberschuss und verringerte Heiratsmöglichkeit spielten also vor dem Kriege bei der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit gewiß nicht die entscheidende Rolle. Ob sich das nach dem Kriege geändert hat, läßt sich für die Allgemeinheit nicht so leicht feststellen. Jedenfalls aber haben sich die Heiratsbedingungen insofern sehr geändert, als der Frauenüberschuss beträchtlich zugenommen hat. In Deutschland kommen nach der Zählung im Jahre 1919 1100 Frauen. Im Verhältnis hat die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter besonders stark zugenommen. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 waren zwischen 15 und 65 Jahre alt von 100 männlichen Personen 88,4, bei der Volkszählung im Jahre 1919 dagegen 62,6. Noch stärker ist die Zunahme der Frauen in dieser Altersgruppe. 1910 waren von 100 weiblichen Personen 58,7 zwischen 15 und 65 Jahren; 1919 waren es 61,9. Überraschend mag an diesen Zahlen zunächst, daß trotz des Krieges die Männer im erwerbsfähigen Alter so stark zugenommen haben. In den Zahlen prägt sich aber weniger eine tatsächliche Zunahme dieser Altersgruppe aus, als eine Verringerung der Zahl der Kinder und Strafe. Der Geburtenrückgang und der Abgang der Kinder und alten Leute im Kriege liegen freilich der zwei weiblichen Kriegsgesessenen und der vielen Verwundeten die männliche Altersgruppe an zahlenmäßiger Bedeutung so zu nehmen. Bei den Frauen ergaben die gleichen Verhältnisse noch ein viel stärkeres Übergewicht der weiblichen Altersgruppe. Die Kriegserwartung forderte ihre Opfer sowohl unter den Frauen wie unter den Männern. Sie mußte vor den alten Frauen so wenig halt machen wie vor den alten Männern. Nur die Frauen der weiblichen Altersgruppe wurden nicht in gleichem Maße dezimiert wie die zum großen Teil mobilisierbaren Männer gleichen Alters. Während bei der Volkszählung im Jahre 1910 noch bei beiden Geschlechtern im Verhältnis der gleiche Teil im erwerbsfähigen Alter war (58,4 v. H. der Männer und 58,7 v. H. der Frauen), hat sich bis 1919 das Verhältnis stark verschoben. 62,6 v. H. der Männer stehen 61,9 v. H. der Frauen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Seit der Volkszählung im Jahre 1907 liegt die Bevölkerung um 7,9 v. H.; die Zahl der männlichen Personen im erwerbsfähigen Alter aber nur 1,5, die der Frauen im gleichen Alter um mehr als 5 v. H. Vergleicht man das Alter der männlichen und weiblichen Personen im Jahre 1907 miteinander, so ergibt sich, daß in der Altersgliederung des männlichen Geschlechts die Gruppe der Kinder etwas überwiegt, der Anteil der 14- bis 20jährigen bei beiden Geschlechtern der gleiche ist, während die Gruppe von 20 bis

40 Jahren beim männlichen Geschlecht etwas stärker vertreten ist als bei den Frauen. Dagegen tritt die Gruppe der über 50-Jährigen bei den Frauen stärker hervor. Sehr beträchtlich waren die Unterschiede im Altersaufbau der beiden Geschlechter indessen noch nicht.

Etwas anders stellt sich ein Vergleich der Altersgliederung der Erwerbstätigen bei beiden Geschlechtern dar. 1907 waren von je 100 Erwerbstätigen:

Table comparing age distribution of employed persons by gender in 1907. Columns: Alter, Männlichen Geschlechts, Weiblichen Geschlechts.

Ein Vergleich der Beteilung der einzelnen Altersklassen an der Erwerbsarbeit beider Geschlechter zeigt, daß bei den Frauen im Verhältnis ein größerer Teil der Erwerbstätigen in den jüngsten und ältesten Gruppen zu finden ist. Die berufstätigen jungen Mädchen und die älteren Frauen, die noch oder wieder Erwerbsarbeit leisten müssen, charakterisieren die Frauenerwerbsarbeit. Der Anteil der Frauen in den mittleren Lebensjahren an der Berufsarbeit ist naturgemäß geringer als bei den Männern. Mutterpflicht und hauswirtschaftliche Tätigkeit beanspruchen in diesen Jahren die Frauenerwerbskraft in besonderem Maße. Nichtsdestoweniger waren von allen erwerbstätigen Frauen mehr als zwei Fünftel zwischen 20 und 40 Jahre alt. 1907 waren 27,8 v. H. aller erwerbstätigen Frauen unter 20 Jahre alt, 42,5 v. H. waren zwischen 20 und 40 Jahren und 29,7 v. H. über 40 Jahre alt. Inzwischen ist der Anteil der 20- bis 40jährigen Frauen an der Erwerbsarbeit sicher noch beträchtlich gestiegen, so daß man wohl annehmen kann, daß heute annähernd die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sich in dem Alter befinden, in dem ein großer Teil der Frauen durch Mutterpflicht und Hausarbeit bereits stark belastet ist.

Rundschau. Aus der Betriebsstatistik verschiedener Länder. Vor kurzem ist die Betriebsstatistik der Schweiz für das Jahr 1923 erschienen. Die Zählung erstreckte sich auf die der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe. Solche gab es 7941 mit 337 403 Arbeitern. Auffallend ist die große Zahl der beschäftigten Frauen; zwei Fünftel der Fabrikarbeiter sind weiblichen Geschlechts. Sie bilden in der Textil- und Bekleidungsindustrie die übergroße Mehrheit der Beschäftigten, in der Nahrungs- und Genussmittel-, in der Uhrenindustrie und Bijouterie sind sie nahezu ebenso stark vertreten wie die Männer. Die meisten Arbeiter werden in der Maschinenindustrie beschäftigt (58 469), der die Bekleidungs-, Baumwoll-, Uhren-, Seiden- und Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Holzbearbeitung, chemische Industrie, Stickerindustrie und graphische Industrie der Reihe nach folgen. In der Tschechoslowakei waren in der Industrie 1921 2 212 000 Arbeiter beschäftigt. An der Spitze stehen die Bekleidungsindustrie mit 361 000 und die Textilindustrie mit 280 000 Arbeitern. Dem folgen die Metallindustrie mit 275 000, die Bauindustrie mit 270 000 und die Lebensmittelindustrie mit 209 000 Arbeitern. Über 100 000 Arbeiter beschäftigten die Holzindustrie (170 000), die Maschinenindustrie (145 000) und die Bergwerke (145 000). Große Industrien sind ferner die chemische Industrie, die Glas- und Porzellanindustrie. Die Betriebsstatistik des Jahres 1921 für Bulgarien zeigt dort den Mangel an Großindustrie. Es gab dort in diesem Jahre 1541 Betriebe mit mindestens 10 bis 20 Arbeitern. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 55 877, das Kapital der Betriebe 141 Millionen Goldleas. Die größte Industrie Bulgariens ist die Tabakindustrie, die beinahe 20 000 Arbeiter beschäftigt. Dieser folgt die Bergindustrie mit 10 000 und die Lebensmittelindustrie mit 7500 Arbeitern. In Neuseeland gab es 1922/23 4355 Industriebetriebe. Die Zahl der Industriearbeiter ist dort verhältnismäßig sehr gering. In Brasilien zählte man im Jahre 1920 13 336 Betriebe, wovon 4000 auf die Nahrungsindustrie, 2000 auf die Bekleidungsindustrie, 1600 auf die Industrie der Steine und Erden entfielen. Es gab aber dort nur 31 Betriebe mit über 1000 Arbeitern, 62 mit 500 bis 1000, 147 mit 200 bis 500 Arbeitern.

Literarisches. Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924. Herausgegeben vom Vorstand der Bergarbeiter Deutschlands. 80 Seiten. Preis 75 Pf. im Buchhandel, für Gewerkschaftsmittglieder durch die gewerkschaftliche Organisation 40 Pf. Zu beziehen durch die Firma Hansmann u. Co., Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38/42. Im Mai 1924 tobten die sozialen Kämpfe in den Kohlenrevieren Deutschlands. Die Bergarbeiter verteidigten die Arbeitsrechte der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen den gewaltigen Unternehmertroß der Schwerindustrie. Über die Ursachen, den Verlauf, das Ende und die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen hat der Bergarbeiterverband eine Broschüre herausgegeben. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Katastrophenpolitik der Beherrscher der deutschen Schwerindustrie, — Die Inflation mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Verleumdungserscheinungen, — Die rückwärtsige Auslenkung dieser Not durch die deutschen Industriekapitalisten, — Der bis zum Volks- und Landesverrat gesteigerte Klassenegoismus der schwerindustriellen Machthaber, — Das widerliche Erbe der kapitalistischen Helfershelfer, — Die zersetzende und ägende Verleumdungsfähigkeit der kommunistischen Bürgerkriegspropaganda, — Die Nordpropaganda der KPD, gegen die Gewerkschaftsführer, — Das charakterlose Treiben bolschewistischer Gluckritzer, — Der Appell an die niedrigsten Lebensschichten, — Das verbrecherische Spiel mit dem Leben Hunderttausender Bergarbeiter-Kinder und -Frauen. — Der Bergarbeiterverband hat sich mit der Herausgabe dieser Schrift ein Verdienst erworben. Der Abwehrkampf an Rhein und Ruhr. Von Hermann Salomon. 72 Seiten. Preis 60 Pf. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt a. M. Der Verfasser, Hermann Salomon (Frankfurt a. M.), Gewerkschaftsjournalist des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der aktiv am Abwehrkampf beteiligt war und vom französischen Kriegsgericht im Mainz am 7. Mai 1923 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde und nahezu 14 Monate dieser Strafe verübt hat, schildert seine Erfahrungen und Ergebnisse im besetzten Gebiet während der Kampfmomente und im Gefängnis. Wert erhält die Broschüre auch dadurch, daß der Verfasser die Beschlässe der internationalen Arbeiterorganisationen zum Abwehrkampf an Rhein und Ruhr im Wortlaut mitteilt.

Verbandsnachrichten. Bestellungen auf den 'Betriebsrat'. Der 'Betriebsrat' soll nicht nur den Mitgliedern der Betriebsvereinigungen geliefert werden, sondern Anspruch darauf haben alle Funktionäre der Organisation, wie Ortsverwaltungsmitglieder, Hilfskassierer und Vertrauensleute. Wir ersuchen die Zahlstellenleitungen, den betreffenden Kollegen den 'Betriebsrat' zuzustellen. Die Zustellung des 'Betriebsrats' erfolgt von uns nur an die Zahlstellenleitungen. Diese muß wiederum den einzelnen Bezirken der Zahlstellen die nötige Anzahl des 'Betriebsrats' zustellen. Bestellungen der Bezirke auf direkte Zustellung des 'Betriebsrats' können von uns nicht berücksichtigt werden. Es wird ersucht, diese Bestellungen immer an die Zahlstellenleitung zu richten.

Das 'Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland' von A. Geper.